

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Den demokratischen Willensbildungsprozess verteidigen, Angriffen auf politisch engagierte Bürger sowie Amts- und Mandatsträger entschieden entgegenzutreten

- I. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag darüber zu berichten,
 1. welche Schlussfolgerungen sie aus der Entwicklung der polizeilich registrierten Angriffe auf politische Amts- und Mandatsträger in den vergangenen zehn Jahren hinsichtlich der Zuordnung von Tatverdächtigen zu den einzelnen Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zieht;
 2. über welche Informationen sie bezüglich der Tatverdächtigen und Täter in den Fällen von Angriffen auf Amts- und Mandatsträger im Freistaat Thüringen verfügt;
 3. von welchen Behörden die besagten Angriffe in welcher Form und unter welchen Gesichtspunkten erfasst werden;
 4. welche Hindernisse einer genauen statistischen Fallerfassung und einer darauf aufbauenden Beurteilung im Wege stehen.
- II. Der Landtag stellt fest:
 1. Angriffe auf politische Amts- und Mandatsträger sowie auf politisch engagierte Bürger stellen ungeachtet ihrer Motivation stets zugleich Angriffe auf die demokratische Willensbildung, die Meinungsfreiheit und generell auf die demokratische Ordnung dar.
 2. Angriffe auf Amts- und Mandatsträger sowie auf politisch engagierte Bürger wirken sich negativ auf die Bereitschaft zu politischem Engagement aus, beeinträchtigen den Prozess demokratischer Willensbildung und behindern insbesondere politische Opposition. Es ist Aufgabe des Staats, einen freiheitlichen Willensbildungsprozess zu gewährleisten.
 3. In zunehmendem Maße gehen Angriffe auf politische Amts- und Mandatsträger sowie auf politisch engagierte Bürger von dem linksextremistischen Spektrum aus, denen mit größerer Entschiedenheit entgegenzutreten werden muss.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. ein wirksames Konzept zur Prävention von Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger und politisch engagierte Bürger vorzulegen beziehungsweise die Wirksamkeit vorhandener Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen;

2. eine lückenlose Erfassung tätlicher Angriffe auf Amts- und Mandatsträger sowie auf politisch engagierte Bürger im Freistaat Thüringen vorzunehmen;
3. extremistischen Angriffen, unter anderem aus dem linksextremen Spektrum, auf Amts- und Mandatsträger beziehungsweise auf politisch engagierte Bürger und extremistischen Gewalttaten mit Entschiedenheit entgegenzutreten;
4. sich entschieden für den Erhalt der für eine Demokratie lebensnotwendigen politischen Pluralität, die Meinungsfreiheit und das Recht auf politische Opposition einzusetzen;
5. jegliche Verächtlichmachung und Diffamierung politischer Opposition zu unterlassen.

Begründung:

Laut Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen in den Drucksachen 7/1294, 7/3535 und 7/5545 nahm die Zahl der polizeilich erfassten Angriffe auf Amts- und Mandatsträger im Freistaat Thüringen seit dem Jahr 2018 kontinuierlich zu, wie folgende Zusammenfassung zeigt:

Phänomenbereich der PMK	2018	2019	2020	2021
PMK -rechts-	12	37	51	37
PMK -links-	9	39	56	74
PMK -nicht zuzuordnen-	22	45	61	134
Gesamt	43	121	169	245

Die sich in diesen Zahlen spiegelnde Entwicklung gibt Anlass zur Sorge. Wer politisch Andersdenkende direkt oder (per Sachbeschädigung) indirekt angreift, greift damit auch den freiheitlichen Rechtsstaat an.

Besonders augenfällig ist der Anstieg von entsprechenden Taten, die dem politisch linken Spektrum zuzurechnen sind.

Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger und gegen politisch engagierte Bürger schaffen ein Klima der Verunsicherung und Einschüchterung, das sich unter anderem negativ auf die Bereitschaft zu politischer Mitwirkung und damit negativ auf den Prozess demokratischer Willensbildung auswirkt. Der Freistaat Thüringen ist in der Verantwortung, einen pluralen und offenen demokratischen Prozess zu gewährleisten und Schaden vom demokratischen Rechtsstaat abzuwenden.

Für die Fraktion:

Braga